

Wie der Ukraine-Krieg enden könnte

Vier führende Militärexponenten sagen den weiteren Verlauf der Kämpfe voraus. Sie entwerfen Szenarien, die wenig tröstlich sind

Michael Backfisch

Berlin. Während in Deutschland die Sorge vor Gas-Knappheit und weiter ansteigenden Preisen wächst, schwindet die Hoffnung auf ein schnelles Ende des Ukraine-Krieges. Russlands Präsident Wladimir Putin warnte den Westen vor einer direkten militärischen Konfrontation: „Heute hören wir, dass sie uns auf dem Schlachtfeld schlagen wollen. Was soll man dazu sagen? Sollen sie es nur versuchen.“ Russland habe in der Ukraine noch nicht einmal richtig angefangen, fügte er hinzu. Vier führende Militärexponenten prognostizieren im Gespräch mit unserer Redaktion den weiteren Verlauf der Kämpfe. Sie entwerfen verschiedene Szenarien und bewerten dabei auch die Chancen auf Verhandlungen.

„Im Herbst könnte es zu einem Wendepunkt kommen“



Hans-Lothar Domröse (69), ehemaliger General der Bundeswehr und Oberbefehlshaber eines Nato-Kommandos. IMAGO

Der ehemalige Bundeswehrgeneral Hans-Lothar Domröse rechnet damit, dass sich Putin weitere ukrainische Gebiete einverleiben will:

„Der russische Präsident Wladimir Putin hat das strategische Ziel ausgegeben, die Ukraine zu ‚entnazifizieren‘ und zu ‚entwaffnen‘. Dieses Ziel wird er für die gesamte Ukraine nicht erreichen. Der Krimelchef hat jedoch die Eskalationsdominanz. Nur Russland kann jeden Tag mehr Artillerie, mehr Panzer, mehr Schiffe und mehr Flugzeuge schicken. Die Ukraine kann hingegen nicht eskalieren. Die ukrainische Armee hat nur die Option, zu verzögern, sich geschickt zu wehren, Raum aufzugeben, dem Angreifer immer wieder Verluste zuzufügen und sich neu zu formieren.“

Gemessen an Putins strategischem Ziel reicht ihm die Eroberung des Donbass nicht. Seine Befürchtung: Wenn Putin nicht die gesamte Ukraine bekommt, zielt er auf Dnipro, Saporischja, Cherson und am Ende Odessa ab. Er will die Ukraine vom Wasser abschneiden. Wenn Putin das gelänge, wäre die Ukraine in einer geografisch eingeschlossenen Lage wie Afghanistan. Ich gehe aber davon aus, dass die Ukraine mit westlicher Hilfe Odessa wird halten können.

Die Kämpfe werden mindestens bis Herbst andauern. Im Herbst wirken die Sanktionen gegen Russland besser als heute. Die Ukraine wiederum benötigt noch ein paar Monate, um die westlichen Waffen und die entsprechende Ausbildung zu bekommen. Wenn es die Ukrainer schaffen, hier und da Nadelstiche in die russische Landbrücke im Süden zu setzen und die Versorgung der Russen im Bezirk Donezk immer wieder zu stören, könnte es im Herbst zu einem Wendepunkt kommen. Wenn beide Präsidenten erkennen, dass sie ihre Maximalziele nicht erreichen, könnte dies der Beginn von Verhandlungen sein.



Nach einem russischen Raketenangriff auf die ostukrainische Stadt Slowjansk läuft eine Frau mit ihren Habseligkeiten über die Trümmer von Wohnhäusern. AFP

Ein ‚eingefrorener Konflikt‘ läge dann vor, wenn Russland zwar Gebiete besetzt, das Territorium aber trotzdem Teil des ukrainischen Staates bliebe. Die Ukrainer würden dann dort Partisanenangriffe durchführen. Eine ‚Eiszeit‘ zwischen der Ukraine und Russland sowie Europa und Russland würde eintreten, wenn Putin Gebiete aus der Ukraine abschneidet und zum Teil von Russland erklärt. Ich halte dies für das wahrscheinlichste Szenario.“

Kampfpause „letzte Chance für Diplomatie“



Erich Vad (65), ehemaliger Brigadegeneral der Bundeswehr und militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. DPA

Der ehemalige Brigadegeneral Erich Vad sieht eine Lösung darin, dass Kiew dem Donbass weitgehende Autonomie einräumt:

„Die Russen legen derzeit ihren Fokus auf die urbanen industriellen Schlüsselregionen im Bezirk Donezk. Man muss davon ausgehen, dass es einen Straßen- und Häuserkampf geben wird. Aber ich habe keinen Zweifel, dass die Russen am Ende auch das Gebiet Donezk besetzen und

kontrollieren werden. Danach wird es eine operative Pause geben, weil sowohl die russischen als auch die ukrainischen Truppen durch die Kämpfe der letzten Wochen stark abgenutzt sind. Diese Pause könnte die letzte Chance für diplomatische Verhandlungen sein.“

Ein Verhandlungskompromiss könnte so aussehen, dass Kiew den Gebieten Donezk und Luhansk weitestgehende Autonomie innerhalb des ukrainischen Staatsverbundes gewährt. Das wäre etwa mit dem Status von Südtirol in Italien vergleichbar. Dafür behielte die Ukraine den für den Außenhandel eminent wichtigen Schwarzmeer-Hafen Odessa. Den Konflikt um die Krim müsste man wegen der strategischen Interessen Russlands einschließlich der Schwarzmeer-Flotte in die Zukunft vertagen.

Wenn die operative Pause verstreicht, könnten die Russen den gesamten Osten der Ukraine bis zum Dnjepr-Fluss besetzen und vollendete Tatsachen schaffen. Die Territorien würden dann sehr wahrscheinlich von Russland einverleibt. Ich schließe nicht aus, dass die Russen versuchen werden, auch Odessa einzunehmen. Dann würde eine Rumpf-Ukraine übrig bleiben, die allein nicht lebensfähig wäre.

Die Kämpfe werden auf jeden Fall noch einige Monate andauern. Was derzeit unkalkulierbar ist: Was passiert, wenn die Russen den EU-Ländern und der Ukraine das Gas abdrehen? Dies hätte Auswirkungen auf die westliche Unterstützung für

die Ukraine und den Durchhaltewillen der Ukrainer. Mit mehr westlichen Waffen könnten die Ukrainer in den Modus eines Guerillakrieges wechseln.“

Ich glaube nicht, dass Putin die Besetzung der gesamten Ukraine anstrebt. Die Westukraine ist industriell nicht so attraktiv. Darüber hinaus hat die Bevölkerung eine viel stärkere Affinität mit Polen.“

„Putin will Teile Westeuropas in die Knie zwingen“



Carlo Masala (54), Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Hochschule der Bundeswehr in München. IMAGO

Der Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Hochschule der Bundeswehr, Carlo Masala, ist davon überzeugt, dass Putin die Regierung von Präsident Wolodymyr Selenskyj durch ein Satellitenregime ersetzen will:

„Nachdem die Russen den Bezirk Luhansk fast vollständig eingenommen haben, werden sie sich mit der gleichen Strategie auf Donezk fokussieren. Es geht ihnen darum, mit der Konzentration von viel Personal und Material kleine Punkte zu erobern. Interessant wird sein, ob die

angekündigte Großoffensive der Ukraine kommt, die nun auf den August verschoben wurde. Ich erwarte, dass sich diese Offensive auf den Süden konzentrieren wird. Die Ukrainer werden punktuell vorgehen und versuchen, die russische Front in die Länge zu ziehen. Das würde ihnen wieder Möglichkeiten für Angriffe im Donbass eröffnen. Sollte den Ukrainern die Munition ausgehen oder die westlichen Waffenlieferungen stocken, werden sie auf eine Partisanentaktik umschalten.“

Putin sieht die Eroberung des Donbass als Voraussetzung an, um eine Pause zu bekommen. Er will seine Truppen regenerieren und den Nachschub von Material neu regeln. Danach visiert er den Angriff auf weitere Teile der Ukraine an. Dazu gehört auch die Hauptstadt Kiew. Der Kreml hat gerade noch einmal deutlich gemacht, dass die strategischen Ziele ‚Entnazifizierung‘ und ‚Demilitarisierung‘ nicht vom Tisch sind. Es geht immer noch darum, die Regierung von Wolodymyr Selenskyj durch ein russlandfreundliches Satellitenregime zu ersetzen.

Ich schätze, dass der Krieg in jedem Fall noch Monate dauert. Sollten die Russen irgendwann auch den Bezirk Donezk einnehmen, rechne ich damit, dass Putin Friedensverhandlungen und einen Waffenstillstand anbietet. Es wäre ein taktischer Zug, um Zeit für die Regeneration der russischen Truppen zu bekommen. Die Ukraine wird die Offerte ablehnen. Dadurch wird der Westen in eine

Zwangslage geraten. Wenn es zu einem harten Herbst kommt, weil die Russen die Gas-Lieferungen weiter reduzieren, werden die westlichen Gesellschaften ihre Politiker dazu drängen, die Unterstützung der Ukraine zurückzufahren. Es ist Putins Kalkül, Teile Westeuropas in die Knie zu zwingen.

Ich erwarte im schlimmsten Fall einen sehr heißen Konflikt in der Ukraine: Russische Truppen kämpfen gegen ukrainische Partisanen. Das kann noch Jahre dauern.“

„Der Krieg wird sich ins nächste Jahr erstrecken“



Gustav Gressel (43), Russland-Experte an der Berliner Denkfabrik European Council on Foreign Relations. ECFR

Der Russlandexperte Gustav Gressel sieht die Kräfte des Kreml schwinden, wenn es Putins Armee nicht gelingt, mehr Soldaten anzuwerben.

„Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Russland derzeit eine operative Pause einlegt. Die Feuerwalze sucht sich neue Ziele, man greift nun Richtung Slowjansk und Siwersk an. Gleiche Vorgehensweise: viel Artillerie, dann langsames Vorrücken. Derzeit aber ohne Erfolg. Der Raum Slowjansk/Kramatorsk wurde in den letzten acht Jahren sehr stark ausgebaut, es gibt gute Verteidigungsstellungen. Ich schätze, hier werden die Ukrainer die Russen noch einige Zeit festhalten können. Wahrscheinlich sogar bis September/Okttober, wenn die nächste Rotation russischer Truppen notwendig sein wird.“

So wie es jetzt läuft, wird sich der Krieg ins nächste Jahr erstrecken. Ich denke, die nächste Tauwetterperiode 2023 ist der früheste Zeitpunkt für ein mögliches Ermatten. Die Personalsituation ist für Russland der entscheidende Faktor. Wenn es nicht gelingt, mehr Soldaten anzuwerben als bisher, wird die Offensivfähigkeit der russischen Streitkräfte im Herbst oder Winter langsam schwinden. Auf ukrainischer Sicht ist das Material das Entscheidende.

Das politische Ziel Russlands, die Ukraine als Ganzes zu vernichten und sich einzuverleiben, steht nach wie vor. Putin geht weiter, bis die Offensivfähigkeit der Armee ermattet ist. Derzeit kann Russland seine Überlegenheit an Feuerkraft auspielen. Waffenlieferungen aus dem Westen sind in der Qualität gut, aber in der Quantität noch ungenügend. Wenn das so weitergeht, wird es für Russland zwar weiterhin blutig, aber es ist ein langsamer, blutiger Weg zum Sieg.

Es besteht die Möglichkeit, dass beide Parteien gleich ermatten. Dann friert die Front ein, bis Putin sich neu aufgestellt und ausgerüstet hat. Niemand würde in der Ukraine investieren oder einen Betrieb aufbauen. Geflüchtete würden nicht zurückkehren. Die Ukraine würde am Tropf der EU hängen, und in drei oder fünf Jahren gäbe es den nächsten Krieg. Da wäre es billiger, den Ukrainern gleich Leopard-Kampfpanzer und Marder-Schützenpanzer zu schicken.“

Uniper stellt Antrag auf Staatshilfen

Düsseldorf. Deutschlands größter Gas-Importeur Uniper hat wegen der Drosselung russischer Energielieferungen einen Antrag auf staatliche Unterstützung gestellt. Vorstandschef Klaus-Dieter Maubach betonte am Freitag in einer Pressekonferenz die Dringlichkeit schneller Hilfe. „Uniper erfährt tägliche Mittelabflüsse im mittleren zweistelligen Millionenbereich“, sagte der Manager. Bis zum Jahresende könne wegen gestiegener Gas-Beschaffungskosten ein Verlust von zehn Milliarden Euro drohen. Uniper machen langfristige Verträge mit Stadtwerken und Industriekunden zu schaffen – wegen der weggebrochenen Mengen aus Russland muss Uniper teures Gas einkaufen, um diese zu bedienen. Anlass für die Pressekonferenz war eine Novelle des Energiesicherungsgesetzes, das nun einen Schutzschirm für Energiekonzerne in solchen Fällen bietet. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sicherte Uniper Unterstützung zu. dpa

Lawrow verlässt G20-Treffen vorzeitig

Baerbock wirft russischem Außenminister Gesprächsverweigerung vor. Kritik am Angriffskrieg gegen die Ukraine

Denpasar. Die USA und ihre Verbündeten haben Russland beim G20-Außenministertreffen auf der indonesischen Insel Bali zu einem Ende des Angriffskriegs gegen die Ukraine aufgefordert – beim russischen Außenminister Sergej Lawrow stießen die Appelle am Freitag aber auf taube Ohren: Er verließ während einer Rede von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) die Sitzung und boykottierte auch eine Videobotschaft des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba.

Baerbock nannte Russland eine „Gefahr für die ganze Welt“. Die Weltgemeinschaft dürfe „nicht die Augen von dem Angriffskrieg der Russen gegenüber der Ukraine verschließen“. Baerbock warf Lawrow Gesprächsverweigerung vor. „Dass der russische Außenminister einen großen Teil der Verhandlungen hier nicht im Raum, sondern außerhalb des Raumes verbracht hat, unterstreicht, dass es keinen Millimeter an Gesprächsbereitschaft der russischen Regierung derzeit gibt“,

sagte Baerbock. Die Abwesenheit Lawrows, gerade auch bei der Sitzung zum Thema Ernährungssicherheit, unterstreiche, dass er an dem Austausch mit den anderen G20-Staaten „nicht interessiert“ sei. Der Krieg führe dazu, dass sich die „globale Ernährungskrise massiv weiter verschärft“, so Baerbock mit Blick auf die blo-

kierten Getreideexporte der Ukraine. „Daher gilt umso mehr, dass wir als führende Industriestaaten der G7 jetzt gemeinsam die Staaten des globalen Südens unterstützen, dass wir dafür sorgen, dass die Menschen, die ohnehin schon leiden, nicht in eine viel, viel tiefere Hungersnot hineinrutschen.“



Der russische Außenminister Sergej Lawrow beim G20-Treffen in Nusa Dua auf Bali – bevor er die Veranstaltung verließ. STEFANI REYNOLDS/APF

Auch US-Außenminister Antony Blinken übte scharfe Kritik an Russland. „An unsere russischen Kollegen: Die Ukraine ist nicht euer Land. Ihr Getreide ist nicht euer Getreide“, sagte er nach Angaben eines westlichen Regierungsvertreters bei den Beratungen hinter verschlossenen Türen. „Es waren nicht wir, die den Kontakt abgebrochen haben.“

Lawrow zeigte sich unbeeindruckt. „Unsere westlichen Partner versuchen es zu vermeiden, über globale Wirtschaftsfragen zu sprechen“, sagte er vor dem Tagungshotel zu Journalisten. „In dem Moment, in dem sie das Wort ergreifen, stürzen sie sich in fieberhafte Kritik an Russland.“ Er werde den USA nicht hinterherlaufen. „Es waren nicht wir, die den Kontakt abgebrochen haben.“

Zu den G20 zählen neben der EU 19 Industrie- und Schwellenländer, darunter China, Indien und Brasilien. Die Staatengruppe steht für gut 80 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung. apf/dpa

Bundestag für Beitritt Finnlands und Schwedens

Berlin. Der Bundestag in Berlin hat einem Nato-Beitritt von Finnland und Schweden als direkte Reaktion auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine mit breiter Mehrheit zugestimmt. Dafür votierten die Fraktionen der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP sowie aus der Opposition die Union und mehrheitlich auch die AfD. Ablehnung gab es von der Linken.

Am Dienstag hatten die Botschafter der 30 Bündnisstaaten im Hauptquartier in Brüssel in Anwesenheit der Außenminister der beiden nordischen Länder die sogenannten Beitrittsprotokolle unterzeichnet. Bisher haben Kanada, Estland, Norwegen, Dänemark und Island einen Beitritt ratifiziert. In Deutschland stellt die eigentliche Ratifizierungsurkunde Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aus. Der Bundesrat billigte den Schritt am Freitag, indem die Länderkammer darauf verzichtete, den Vermittlungsausschuss zu dem Gesetz anzurufen. dpa